

GRAZ

Verurteilung nach brutalem Überfall

Ein 23-Jähriger ist am Mittwoch wegen eines brutalen Überfalls auf eine Frau in ihrem eigenen Haus in der Nähe von Graz zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Angeklagt waren ursprünglich acht Männer, nach diversen Verurteilungen blieb nur noch einer übrig. Er flüchtete zunächst nach Brasilien, kehrte aber freiwillig zurück und stellte sich. Bei dem Überfall im Dezember 2022 wurde eine damals 55-Jährige gefesselt und beraubt.

Einer der bereits Verurteilten (57) erledigte für das spätere Opfer Arbeiten in Haus und Garten. Die Anklage ging davon aus, dass der Mann und sein Sohn (28) die Informationen über das Versteck weitergegeben hatten. Drei andere Männer – darunter der nun Angeklagte – sollen daraufhin mit Hilfe eines nachgemachten Schlüssels ins Haus gekommen sein und die Frau gefesselt und bedroht haben. Insgesamt sollen 868.000 Euro geraubt worden sein. Zwei Freunde hatten dem 23-Jährigen zunächst ein falsches Alibi gegeben, also blieb er auf freiem Fuß und konnte nach Brasilien flüchten. „Es war meine eigene Entscheidung zurückzukommen“, betonte der Beschuldigte. „Er war umfassend geständig“, hielt ihm auch Staatsanwalt Daniel Weinberger zugute.



Ein Mann musste sich wegen eines Überfalls verantworten.

APA/SCHNEIDER



Die Kinderliga kritisiert die Gesundheitsversorgung.

DPA/SEEGER

„Eine Gefährdung des sozialen Friedens“

Die Österreichische Kinderliga kritisiert in ihrem Gesundheitsbericht lange Wartelisten bei Therapien und soziale Ungleichheit.

Die Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen ist in Österreich zumeist nicht am Bedarf orientiert, sondern je nach Vertrag und Verrechnung historisch gewachsen. Das geht aus dem 14. Bericht zur Lage der Kinder- und Jugendgesundheit hervor, der am Mittwoch bei einer Pressekonferenz präsentiert wurde. Die Österreichische Liga für Kinder- und Jugendgesundheit (Kinderliga) forderte einmal mehr ein Kinderministerium sowie eine „Kindermilliarde“.

Fokus auf Therapieangebot. Der Fokus des Berichts lag diesmal auf den Angeboten von Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie. Dabei kam heraus, dass sich das Angebot, gerade wenn man Gesundheitsrisiken wie Armutgefährdung oder geringeres Bildungsniveau und Arbeitslo-

sigkeit der Eltern berücksichtigt, nicht nach dem Bedarf richtet. Die Experten betonten bei der Pressekonferenz, dass gerade in der aktuellen krisenhaften Zeit eine Garantie auf Versorgungssicherheit und damit Chancengerechtigkeit in Bezug auf die Kindergesundheit nötig wäre.

Über ein Fünftel aller armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Menschen in Österreich seien Kinder. Insgesamt geht es um rund 353.000 Betroffene im Alter von null bis 17 Jahren, so die Kinderliga. Sie haben demnach deutlich weniger gute Startchancen. „Armut, psychische Probleme, Gewalt und mangelnde Bildungschancen schränken die Entwicklung der Talente und Ressourcen junger Menschen teilweise dramatisch ein. Nach wie vor gibt es keine Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche in Bezug auf Bildung,

Gesundheit, Teilhabe und vieles mehr“, so deren Präsident Christoph Hackspiel. Seiner Ansicht nach müsse es zur Aufgabe eines eigenen Kinderministeriums gehören, in allen politischen Belangen die Kinderverträglichkeit, die Nachhaltigkeit von Entscheidungen und die Chancengerechtigkeit zu berücksichtigen. Allerdings ist Kinder- und Jugendfürsorge Ländersache.

Hackspiel fordert vom Bund dennoch eine „Kindermilliarde“ für den Ausbau der Versorgung und den Abbau langer Wartelisten für Therapien sowie für die umfassende Stärkung des Bildungs- und Sozialsystems. „Chancenungleichheit bedeutet nicht nur individuelles Leid, sondern stellt auch volkswirtschaftliche Milliardenverluste für unsere Gesellschaft dar und ist eine Gefährdung des sozialen Friedens.“